

Dresdner Volkszeitung

Verleger: Roben & Comp., Nr. 1258

Organ für das werktätige Volk

Verleger: Edl. Staatsb. Dresden, Bank der Arbeiter, Anzeiger und Beamten, E.-G. Dresden, Geschäftsbereich Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Nr. 275

Dresden, Mittwoch, den 26. November 1930

41. Jahrgang

Abmarsch nach rechts

Wirtschaftspartei flüchtet

Sie will mit der Nazikonkurrenz regieren!

Aus Angst vor der Verantwortung hat der Reichsausschuh der Wirtschaftspartei am Dienstag einstimmig beschlossen, den Reichsjustizminister Dr. Bredt aus der Regierung zurückzuziehen. Bredt hat sein Rücktrittsgesuch bereits eingereicht. Zu der neuen Situation und den Gründen, die die Wirtschaftspartei für ihre Flucht aus der Verantwortung angibt, wird uns aus Berlin folgendes geschrieben:

Die Gründe, die den Reichsausschuh der Wirtschaftspartei veranlaßt haben, Herrn Professor Bredt — diesmal endlich und unwiderruflich — aus dem Kabinett zurückzuziehen und damit die Brücken zu der Regierung Brünning abzubrechen, sind verschiedener Art. Einmal mißfällt den Parteimitgliedern und Parteimitgliedern auf höchster Ebene die Politik, die Bredt bisher auf diesem Gebiet getrieben hat, im wesentlichen auf seine Kosten. Aber auch schon gegen diese Kosten hat sich die Opposition der Mittelständler, und wahrscheinlich auch die Opposition der Kleinrentner, und in weiten Kreisen, es könne eines Tages doch am Ende etwas Ernstes gegen ihre Interessen geschehen, die sie nebenbei immer wieder in bewunderndem Selbstbewußtsein mit den Interessen der deutschen Wirtschaft und denen des gesamten deutschen Volkes gleichstellen.

Zu dem kommt, daß sie sich freie Hand gegenüber der Notverordnung und insbesondere gegenüber jenen Teil, der sich auf die Einführung einer Gemeindegewerbesteuer bezieht, sichern wollen. Aber was das Besondere ist: Sie fürchten die Konkurrenz der Nationalsozialisten. Die haben ihnen im Wahlkampf Abbruch getan und die Wirtschaftspartei sich nicht so entwickeln lassen, wie deren Führer es mit Bestimmtheit erwarteten. Die führen auch nach der Wahl fort, mittelständlerische Existenzen mit Hilfe ihrer Demagogie zu sich herüberzuziehen. Und weil man die Freunde des Herrn Treuwig nicht die Kraft zu rauben, mit den Nationalsozialisten den Kampf um die Stimmen der politisch hin und her schwankenden Schichten in Kleingewerbe und Landwirtschaft aufzunehmen, verbinden sie mit einer Politik der Annäherung. Sie diskutieren sich vom Kabinett Brünning nach rechts hin. Sie machen in Opposition, um den Wählern die Überzeugung beizubringen, daß sie ebenso zuverlässig sind wie ihre Mitbewerber.

Aber alle diese Gründe werden nicht offen ausgedrückt. Man erklärt nach außen hin, daß sich die Wirtschaftspartei an seiner Regierung im Reich beteiligen könne, auf die die Sozialdemokratie unmittelbaren oder mittelbaren Einfluß ausübe, und da die Reichsregierung ihre Politik in Anbetracht der Sozialdemokratie unter Preisgabe lebenswichtiger Interessen des deutschen Volkes und der deutschen Wirtschaft durchzuführen verweigere, müsse eben der Trennungswahl gezogen werden.

Herr Brünning hat mit den sozialdemokratischen Parteiführern verhandelt, genau wie er mit den deutschnationalen und den nationalsozialistischen

Vertretern verhandelt hat. Er hat ihre Wünsche angehört und mit ihnen Möglichkeiten von Abänderungen seiner Projekte durchgesprochen. Dabei ist es bislang nicht einmal klar geworden, ob eine Verhandlung über die Verteilung gewisser Bestimmungen der Natverordnung vom Juli erzielt werden kann. Dabei weiß man noch nicht, wie es mit dem Finanzprogramm wird, und der Haushaltsplan für 1931 ist überhaupt noch nicht Gegenstand der Diskussion gewesen. Das einzige, was die Wirtschaftspartei der Regierung vormerken kann, ist eben, daß sie sich bei verschiedenen Bestimmungen die Unterstützung der Sozialdemokratie hat gefallen lassen.

Die Wirtschaftspartei soll doch ehelich sein: Sie will ein Kabinett der Rechten. Sie will die Mitwirkung der Hitlerianer und ist bereit, den Nationalsozialisten jeden Preis zu zahlen, mit anderen Worten, ihnen auch Brechen auszuliefern. Sie bildet sich ein, daß das die Methode ist, ihre eigene Kubängerschaft bei der Stange zu halten und sie gegen die nationalsozialistischen Verlockungen zu sichern.

Die Frage, was nun werden soll, wird sich in erster Linie das Kabinett vorlegen müssen. Langst hat sich das Landvolk von Herrn Brünning gelöst, und jetzt folgt ihm die Wirtschaftspartei. Es wird von Tag zu Tag schwerer, eine Mehrheit für die Regierung zustande zu bringen. Wie es in der Deutschen Volkspartei aussieht, ist bekannt, und eben wieder hat der frühere Abgeordnete Dr. Jopp eine Rede gehalten, die den Reichsausschuh bedenkenlich stimmen muß. Sein Wunder, daß unter diesen Umständen das Übermaß an Besorgnis, das Kabinett beabsichtigte, auch keine Finanzreform den Verordnungen des Reichstags zu entziehen und sie durch Natverordnung in Kraft zu setzen.

Die Meldung ist unseres Wissens nicht richtig. Der Versuch, das Sanierungswerk auf parlamentarischem Wege durchzuführen, ist gescheitert. Aber niemand vermag zu sagen, welche Schwierigkeiten noch zwischen heute und Weihnachten entstehen und wie sich die politische Entwicklung gestalten wird. Sehr viel wird jedenfalls davon abhängen, ob das Zentrum den Rest und die Entschlossenheit besitzt, den Ansturm der übrigen bürgerlichen Parteien zu widerstehen und dadurch den Versuch einer irgendwie gearteten Diktatur oder auch eines Eindringens der Diktaturhelfer in die Regierung im Reich und in Preußen zu vereiteln.

Dreieinhalb Millionen!

Die neuen Arbeitslosenziffern

Die erste Novemberhälfte hat auf dem Arbeitsmarkt keine besonderen Veränderungen gebracht. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit trat annähernd in dem besagten Umfang ein.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung ist, wie von der Reichsanstalt angegeben wird, um rund 100 000 auf 1 661 000 angewachsen, während in der gleichen Zeit des Vorjahres die Zunahme nur 125 000 betrug. In der Krisenunterstützung mit 537 000 Unterstützten ist ein Mehr von rund 27 100 zu verzeichnen, im Vorjahre rund 6000. In der Verbindung beider Unterstützungsleistungen zusammen mit diesen beiden Unterstützten erreicht die Zahl der arbeitslosen Arbeitnehmer bei den Arbeitsämtern ist um mehr als 230 000 angewachsen. Es wurden am 15. November rund 3 484 000 Arbeitslose gezählt. Der Zuwachs in der ersten Hälfte des Monats November betrug in den Saisonarbeitsberufen 9,9 Prozent, in den übrigen Berufsgruppen 5,5 Prozent.

Das Zahlenbild läßt zusammen mit den Berichten der Landesarbeitsämter im allgemeinen den Schluß zu, daß nach dem hohen Stand, den die Arbeitslosigkeit in den Saison-

berufen schon während dieses Jahres beibehalten hatte, nunmehr die weitere jahreszeitliche Verschlechterung in etwas milderer Form als sonst verläuft. Dagegen ist offenbar die allgemeine wirtschaftliche Stagnation, die sich in den Zahlen der übrigen Berufsgruppen anzeigt, unverändert geblieben.

Mit andern Worten: die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist nach wie vor trübsalig. Der Wohnungsbau hat in den Großstädten noch einige Arbeiter in Beschäftigung gehalten; sonst aber herrscht im Bauwesen wie in der Bauhilfsindustrie bereits völlig winterliche Arbeitslosigkeit.

Die Landwirtschaft hat dieses Jahr über die normalen Entlassungen hinaus auch Teile des Stammvermögens abgeben, die sonst den Winter über durchgehalten werden. Im Bergbau drückt auf die Beschäftigung der Umstände, daß alles jetzt die Preisentwertung abwartet.

In der Metallindustrie ist die Situation weiter schlecht geblieben, nur der Maschinenbau zeigt an einigen Stellen ein klein wenig Belebung. In der Textilindustrie sind einige leichte Besserungsaussichten festzustellen. Das ist für den Geschäftserfolg — allem Anschein nach — eine Folge von Exportsteigerung. Das Tabakgewerbe ist glänzend beschäftigt; das hat seine Ursache im Weinachtsgeschäft

Sowjetnöte

Parteikrise wird Staatskrise

VON PETER GARBY

Die Sowjetregierung hat die Alarmmeldungen aus Moskau sehr ernsthaft demontiert. Sie hat verkündet, die rote Armee sei unverwundbar. Eins aber kann sie nicht demontieren: daß die Parteikrise in die Staatskrise umgeschlagen ist. Von oben bis unten wird in der höchsten Verantwortung im Staatsapparat durchgeführt, das „Vorführen“ der Volksgenossen und der höchsten Beamten nimmt in der letzten Zeit protestische Formen an. Die letzten Spuren einer Scheidung zwischen der Partei und dem Staate verschwinden. Beide sollen nunmehr in der ersten Hand Stalins vereinigt werden. Die Personalisierung der Diktatur wird vollendet.

Stalins persönliche Macht wächst — und mit ihr die Partei um ihn. Rings um ihn gibt es nur noch weiche oder eingebildete Gefahren und Gegner. Das zeigt der Fall Sibirgam. Sibirgam gehört zu den treuesten Handlangern Stalins. Nach der kurzen Warte von Stalin auf den bosnischen Krawall als Außenminister für Jugoslawien gestellt. Heute ist er als „Verchwörer“ und „Agent des Auslandes“ abgesetzt und verbannt. Wem kann Stalin noch trauen?

Die Partei um ihn wächst — und mit ihr die Angst und das Misstrauen des Allmächtigen. Täglich drückt die 1931. neue Verchwörungen, Schwelgerorganisationen, Interventionen auf. Voinarow, Gucharin, Denikin und Kowlow, französische Generaloffiziere und russische Professoren, ausländische Züge und sowjetische Ingenieure werden dabei in einen Topf geworfen. Durch dieses „Almagam“ sollen die Gegner Stalins nicht nur physisch, sondern zugleich moralisch vernichtet werden.

Freilich sind die „Verchwörungen“ blande Inzidenten, die als Ablenkungs- und Entschärfungsmittel betrachtet sind. Es genügt auf die hohen verantwortlichen Angestellten gegen die angebliche „Industriepartei“ hinzuworfen. Die unaufhörliche Entdeckung von „Verchwörungen“ verzerrt jedoch zugleich die steigende Angst des Diktators!

Nicht die „Verchwörung“, sondern die innere Gärung in der bolschewistischen Partei ist die Ursache seiner Nervosität. Das Konterfeil scheint zwar über den „Schwänzen“ und „Verchwörern“, über den Intellektuellen und Sowjetbeamten, aber gemeint ist die Parteiloyalität! Das Neue im gegenwärtigen Parteikampf ist die gegenseitige Annäherung der beiden Oppositionsgruppen von rechts und von links. Es gelang Stalin zwar diesmal, die Vereinigung zwischen der Rechts- und der Linksopposition (den sogenannten Mosk. Sibirgam-Dominanten) rechtzeitig zu verhindern, und ihre Auswirkung zu vereiteln. Mit der Entscheidung der Überlegenheit der Parteivorstände wird jedoch der letzte Versuch der Partei verfallen. Man wird Stalin den verjüngerten Volkswortführer direkt gegenüberübersehen.

Die tiefste Ursache der russischen Krise liegt in der utopistischen Verhäterpolitik, die mit der terroristischen Diktatur aufs engste verbunden ist. Die Parteikrise ist nur die resultierende der Wirtschaftskrise, die die ganze Welt in Stadt und Land bedroht und indirekt die Parteioptionen hakt.

Die Generallinie Stalins verläuft. Die offiziellen statistischen Kurven geben zwar in die Höhe, aber der Wohlstand der Bevölkerung sinkt immer tiefer. Der Sozialismus „verwandelt“ sich in eine Art von Staatsmafia in Stadt und Land. Die Bauern werden an die Axt geholt, die Arbeiter an die Fabriken geworfen. Die Lebensinteressen aller verlassenen Volksschichten werden der Illusion des Fünfjahresplans, der „Mathematik“, zum Opfer gebracht.

Natürlich werden in Sowjetland gigantische Fabriken und Kraftwerke gebaut. Tausende von Traktoren werden der Landwirtschaft zugeführt. Aber dieser ferocitäre Industrialismus und Sozialismus haben die gesamte finanzielle, ökonomische und kulturelle Grundlage sowie die allgemeinen geschichtlichen Voraussetzungen. Trotz der „märchenhaften“ Steigerung der industrieproduktion besteht in Stadt und Land ein unübersehbarer Mangel. Trotz der „noch nie dagewesenen“ Ernte in der Landwirtschaft wird die Ernährungskrise immer härter. Sogar das Brennholz wird jetzt rationiert — und so gesellt sich die Kälte zum Hunger. Inzwischen bräut die Anflation die Wirtschaftsumlage zu unterbrechen.

So aber die Generallinie verläuft kann der nächstfolgende Kampf gegen die Linke und die Rechtsoppositionen nur

und in der Steinerhöhung: ein einseitiger Rückfall wird nicht ausbleiben. In der Revolution ist in diesem Jahre schon 14 Tage früher als sonst mit der Saison Schluss gemacht worden.

Der erste Anstieg der Krisenunterstützung in der ersten Novemberhälfte zeigt, wie notwendig die Erweiterung des Personenkreises der Arbeitslosenversicherung war.